

Erscheint täglich außer Sonntagen.
Zugleich Abendausgabe des „Vorwärts“. Bezugspreis für
beide Ausgaben 75 Pf. pro Woche, 3,25 M. pro Monat
(Banco 47 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus
zahlung. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Poststempel
und 72 Pf. Postbefreiung.

Spätausgabe des „Vorwärts“

Verlagspreis: Die einseitige Wollmeterzeile 30 Pf.
Werbung 2.- M. Ermäßigungen nach Tarif. Postbefreiung:
Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin Nr. 37 333. — Der Verlag
behält sich das Recht der Abrechnung nicht gezogener Anzeigen vor!
Redaktion und Expedition: Berlin SW 68, Habener 3
Verantwortlich: Dinstoff (A 7) 292-297

Am Freitag Abstimmung

Brüning-Rede im Reichstag — Volkspartei beurlaubt

Die heutige Sitzung des Reichstags eröffnete Präsident Löbe mit der Bitte, sich auf jeden Fall darauf einzurichten, daß morgen die Abstimmungen erfolgen können. Das sei wegen der Einhaltung der Fristen und der Vorbereitungen der Länder für die Präsidentenwahl dringend notwendig. Der Präsident kündigte an, daß deshalb auch heute abend die Sitzung länger dauern und die morgige Sitzung schon um 10 Uhr beginnen werde. Er bittet ferner durch die Vermeidung von Zwischenfällen dazu beizutragen, daß die Verhandlungen nicht verkompliziert werden.

Der Präsident teilt ferner mit, daß er den Abg. Dr. Schneider (D. Vp.) auf drei Tage und den Abg. D. Rahl (D. Vp.) auf sieben Tage beurlaubt habe. (Hört, hört!)

In der Fortsetzung der Aussprache über die Präsidentenwahl spricht zunächst Abg. Leicht (Bayer. Vp.).

Als Abg. Dr. Leicht von der „sogenannten nationalen Opposition“ spricht, protestiert die Rechte. Darauf sagt Dr. Leicht: Sie haben sich doch so genannt, also sind Sie so genannt. (Große Heiterkeit.) Es kommt aber nicht darauf an, wie man sich nennt, sondern was man ist. Und national ist es am wenigsten, uns und andere gemäßigtere Parteien, die so viel für Vaterland und Nation gearbeitet haben, als nicht national zu bezeichnen. Die Parole des Reichspräsidenten „Freiheit und Gleichberechtigung für Deutschland“ müßte die nationale Parole sein. (Beifall der Mitte. — Gelächter und Hohnrufe rechts.) Der Redner bespricht dann die mangelnde Energie des Völkerbundes sowohl in der Abrüstung wie in China und in Memel. Nach unseren Erfahrungen mit der Abrüstung haben wir wohl gut daran getan, mit dem Zollabbau voranzugehen. Die innere Einigung ist nicht durch Terror herbeizuführen.

Der Revolver ist ein Instrument, das sehr wenig dazu geeignet ist, jemandem eine andere politische Überzeugung beizubringen.

Fordern wir Abrüstung, so müßte die innere Abrüstung vorangehen. Als Dr. Leicht sagt, jeder Mensch müsse bestürzt sein über die Zunahme der Arbeitslosigkeit, ertönt lautes Lachen von den Nazis, was der Redner unterstreicht, um dann gegen die Zurufe der Faschisten hinzuzufügen: Es ist ein Verbrechen, die Arbeitslosigkeit zum Hehen zu benutzen! Wer behauptet, die Regierung Brüning sei an der Arbeitslosigkeit schuld, dem muß man mildernde Umstände zubilligen. Im Anschluß daran erzählt Dr. Leicht von einem Mann auf der Straßenbahn in Berlin, der ihn fragte, ob dieses System, diese Regierung nicht beseitigt werden müsse, die nicht das Sandstreuere bei Glattes sichere. (Stürmische Heiterkeit.) Alle Währungsversuche lehnt der Redner ab, ebenso den Überglauben an das Dritte Reich oder andere Wunderkuren, und schließt mit einem Appell, Hindenburg zu wählen. (Beifall in der Mitte.)

Gegen 13 Uhr ergriff

Reichskanzler Dr. Brüning

das Wort, um zunächst auf die Bemerkungen einiger Redner über die Außenpolitik zu antworten. Er hob dabei hervor, daß in der gegenwärtigen Zeit auch die außenpolitische Situation ungewiss rasch wechselt. Dann wandte er sich gegen die Kritik der Rechten an seinem Auftreten im Senat, um dem Mißverständnis der „nationalen Opposition“ das volle Verständnis entgegenzustellen, das die Haltung der deutschen Delegation im Senat im Ausland gefunden hat. Nach einigen Worten über die schwerwiegenden Ereignisse in Ostasien, wobei der Kanzler die Zuversicht aussprach, daß es doch noch gelingen werde, den Frieden wieder herzustellen, kam er auf die Remetfrage.

Hier wandte er sich gegen das Verlangen vorzeitig Vergeltungsmassnahmen gegen Litauen zu treffen. Die litauische Regierung müsse jetzt nach dem Rücktritt des Präsidenten Bötcher — der übrigens aus freier Initiative und nicht auf reichsdeutsche Einwirkung erfolgt ist — ihre Zusage erfüllen, den verfassungsmäßigen Zustand wiederherzustellen. Unter dauernden lärmenden und zum Teil unaufrichtig-ultimaten Zurufen der Nationalsozialisten erwidert der Reichskanzler auf die Behauptung Rosenbergs, daß unter dem Personal der deutschen Gesandtschaft in Romo fast die Hälfte litauische Staatsangehörige seien. Dazu sagt der Reichskanzler:

Unter den Angestellten ist eine Dolmetscherin, die als Reichsangehörige geboren wurde und einen sogenannten Balken geheiratet hat.

Börsentempel wieder offen.

Viel Publikum und wenig Geschäft.

Die Börse in der Burgstraße ist heute zum erstenmal seit September wieder geöffnet worden. Es war sehr viel Publikum erschienen, und man sah auch alle führenden Vertreter der Großbanken. Offenbar war aber die Neugierde größer als die Absicht und die Möglichkeit, Geschäfte durchzuführen.

In den einzelnen Papieren wird ziemlich viel gehandelt, aber es werden nur sehr kleine Umsätze gemacht. Es sieht so aus, als ob man die Lage erst einmal abwarten wolle. Reichsbankaktien und auch Schultheil zogen um 1 bis 2 Proz. an. Pfandbriefe waren eher gesucht als angeboten; auch Kommunalobligationen waren fester.

Das Geschäft vollzieht sich so, daß auch in der Burgstraße jetzt Kurse nur „gesprochen“ und nicht notiert werden. Nach wie vor bleibt ja eine Veröffentlichung von Kursen verboten. Im allgemeinen ist man optimistisch. Man hofft auch, daß es bald wieder zu einer regulären Börse kommen wird.

(Stürmische, lang anhaltende Heiterkeit auf Kosten des Balken Rosenbergs.)

Ferner ist da ein baltischer Pförtner und ein baltischer Hilfsbote. Alle diese Balken waren früher russische und sind jetzt litauische Staatsangehörige. (Andauernde Heiterkeit — gegen die lärmenden Nationalsozialisten verhängt Präsident Löbe einige Ordnungsrufe.)

Zum russisch-polnischen Richtangriffspakt stellt der Reichskanzler fest, daß bei einem Angriff Polens auf einen dritten Staat Rußland gemäß Artikel 2 dieses Vertrages seine Handlungsfreiheit zurückgewinnt. Es besteht also kein Anlaß, so wie der Abg. von Freitag-Voringhoven zu behaupten, daß Polen nun die Hände gegen Deutschland freibekommen hätte. Darauf betont der Reichskanzler, daß der Gedanke der österreichisch-deutschen Zollunion durch die wirtschaftliche Entwicklung seither immer mehr gerechtfertigt worden ist und die Finanzkommission des Völkerbundes bereits, entgegen früherer Theorie, die Lebensunfähigkeit eines auf seinen heutigen Umfang beschränkten Oesterreich anerkannt hat. An allen Maßnahmen, die auf Grund dieses Gutachtens erfolgen, ist die Reichsregierung bereit, teilzunehmen. Ueber den Ausgang der Abrüstungskonferenz kann man heute noch kein Urteil fällen.

Über ein Mitglied dieses Hauses, das hier meine Rede auf der Abrüstungskonferenz verdammt, hat mein Vertreter einer amerikanischen Zeitung erklärt, daß mein Bestehen auf der Gleichberechtigung für Deutschland ihm und seinen Parteifreunden angenehm war.

(Lebhaftes Hört, hört! und Beifall in der Mitte und links, andauernde lärmende Zurufe der Halentreuzler. Als Präsident Löbe einen dieser Störenfriede zur Ordnung ruft und erklärt, er werde doch von niemandem provoziert und könne daher ruhig sein, antwortet der Hilttermann unter schallender Heiterkeit des ganzen Hauses, der Vorkommnisse habe ihn provoziert.)

Der Reichskanzler hält dann dem Abg. v. Freitag-Voringhoven vor, daß er in seiner Rede Fragen gestellt hat, von denen er wissen mußte, daß die Regierung nicht öffentlich darauf antworten kann, weil die diplomatische Tradition und die Vertraulichkeit der Verhandlungen dem entgegenstehen. (Hört, hört! links und in der Mitte.) Aber er bedauerte, die Rechte dadurch enttäuschen zu müssen, daß er auf die schwersten dieser Vorwürfe doch antwortete.

Nun geht der Reichskanzler auf die Reparationsfrage ein. Bei Redaktionsschluss dauert die Rede Dr. Brünings noch an.

Steinwürfe gegen Polizeirevier.

Razi-Terror in der Augsburger Straße.

Eine Gruppe von zehn bis zwölf Nationalsozialisten verübte heute gegen 4 Uhr früh in der Augsburger Straße einen beispiellosen Terror. Passanten wurden überfallen und zum Teil schwer mißhandelt. Die Rowdys konnten schließlich von einer Polizeistreife gestellt und festgenommen werden. Als die Täter auf dem zuständigen Revier gerade vernommen werden sollten, wurden plötzlich die Fensterscheiben der Polizeiwache durch zahlreiche Steinwürfe zertrümmert. Wie sich herausstellte, waren

mehrere Nazis ihren festgenommenen Kumpanen heimlich gefolgt und hatten auf die Scheiben des Reviers ein Steinbombardement eröffnet. Der Rädelführer dieser Fensterstürmer konnte nach längerer Verfolgung am Wittenbergplatz gefaßt werden.

Vom Gendarm zur Kanalisation

Beförderungsfaktionen eines Parteibuchbeamten.

Gendarmeriekommisar in Hildburghausen.

3. Februar: Die thüringische Staatsregierung hat der Reichsregierung Dokumente übermittelt, nach denen der frühere thüringische Staatsminister Dr. Fric im Juni 1930 unter Umgehung seiner Ministerkollegen Adolf Hitler zum Gendarmeriekommisar in Hildburghausen ernannt habe.

4. Februar: Adolf Hitler läßt erklären, Fric habe ohne sein Wissen gehandelt. Er hätte eine Einbürgerung auf diesem Wege abgelehnt. (Der Führer: „Es geschieht in der Partei nichts ohne mein Wissen und gegen meinen Willen!“)

Von zuständiger Seite wird festgestellt, daß Hitler seit Kriegsende noch nie einen Einbürgerungsantrag gestellt, also nie den Versuch gemacht hat, auf „legale“ Art deutscher Staatsbürger zu werden.

5. Februar: Es wird bekannt, daß Hildburghausen als Sitz der thüringischen Landesirrenanstalt den Spitznamen „Rappelsdorf“ führt.

Das thüringische Staatsministerium gibt sein Bedauern bekannt über die „versteckte und unwürdige Art, mit der durch den damaligen Innenminister (Fric) die Anstellung Hitlers versucht worden sei“.

Kunstprofessor in Weimar.

6. Februar: Man erzählt, daß schon vor Juni 1930 Staatsminister Dr. Fric-Birmasens bemüht war, Adolf Hitler durch Ernennung zum Professor an der staatlichen Kunsthochschule in Weimar die deutsche Staatsangehörigkeit zu verschaffen. Der Plan scheiterte am Widerstand des thüringischen Finanzministers.

Logiergast im Kaiserhof.

9. Februar: Hitler hat wieder einmal im Kaiserhof in Berlin Quartier bezogen und verlor auf einem SA-Appl im Sportpalast, daß bei der Bekanntgabe der Entscheidung zur Reichspräsidentenwahl „eine Millionenpartei vor Begeisterung ausschreien werde“.

10. Februar: Der thüringische Staatsminister Baum veröffentlicht eine Erklärung über die „nichtloyale Handlung des Ministers Fric“ in Sachen Hitler.

Professor für Pädagogik in Braunschweig.

12. Februar: Der Plan, Hitler durch den braunschweigischen Minister Klages zum Professor an der technischen Hochschule in Braunschweig zu machen, wird bekannt.

14. Februar: „Ausgerechnet Pädagogik“ soll Hitlers „Lehrfach“ sein.

15. Februar: Meldungen über eine vollzogene Ernennung Hitlers zum Professor für angewandte Pädagogik in Braunschweig bewahrheiten sich nicht.

17. Februar: Die Professur soll steigen, steigt aber nicht.

18. Februar: Thüringische Sozialdemokratie beantragt mit Erfolg Untersuchungsausschuß gegen Fric.

Reichspräsidentenwahlkandidat.

22. Februar: Goebbels proklamiert im Berliner Sportpalast Hitler zum Reichspräsidenten.

Staatsminister in Braunschweig.

23. Februar: Hitler soll als Nachfolger von Klages Staatsminister in Braunschweig werden.

Attaché in Berlin.

24. Februar: Hitler soll nicht Minister, sondern Attaché für besondere Zwecke bei der klaggestankischen Gesandtschaft in Berlin werden.

Bei der Kanalisation gelandet.

25. Februar: Im Haushaltsausschuß des Braunschweigischen Landtags haben die Regierungsparteien einen planmäßigen Posten als Kanalisationsrat (im Bundeskultur- und Vermessungsamt) für Hitler freigemacht damit er als Untergebener des Gesandten Boden in Berlin amtieren kann. Die amtliche Ernennung soll heute nachmittag bekanntgegeben werden.

26. Februar: ????????????

Rosenberg spricht deutsch.

Er versucht wenigstens, sich zu bessern.

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben: Genosse Dr. Schumacher hat gestern im Reichstag die Zuziehung eines Dolmetschers empfohlen, weil die Sprache des nationalsozialistischen Abgeordneten Rosenberg unverständlich sei. Gerechterweise wird man zugeben müssen, daß Schumacher etwas übertrieben hat. Es ist richtig: Als Rosenberg im Herbst 1930 in den Reichstag kam, sprach er eine Sprache, die er für Deutsch hielt, während andere stritten, ob es Letztlich oder Estnisch sei. Seitdem hat er aber ganz hübsche Fortschritte im Deutschen gemacht, und wenn man sich ein wenig Mühe gibt, kann man ihn auch verstehen. Rosenberg ist aber, wie sich bei anderer Gelegenheit zeigte, ein recht reizbarer Herr, und als sich Schumacher einen Scherz erlaubte, fuhr er ihn an: „Geben Sie nach Galizien und maukeln Sie!“ Das war nun auch wieder verkehrt, denn Genosse Schumacher ist im Vergleich zu Rosenberg, dessen agrisch-sinnliche Abstammung mit stark bawischen Einschlag in jedem Gesichtsmuskel sichtbar ist, geradezu nordisch-germanischer Edeltyp. Außerdem — was sie nur immer mit Galizien haben? Unter den Sozialisten, die man in Europa kennt, gab es nur einen, der aus Galizien stammte: unseren verehrten und leider schon verstorbenen Genossen Diamand. Dieser aber — vom intellektuellen und moralischen Niveau gar nicht zu reden — „mauskelte“ nicht im mindesten, sondern sprach ein viel besseres Deutsch als der Nationalsozialist Rosenberg.

Rundfunk und Reichstag.

Keine Uebertragung der Kanzler-Rede.

Die Reichsrundfunk-Gesellschaft war an den Reichstagspräsidenten Löbe mit dem Vorschlag herantreten, die heute zu erwartende Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning durch Rundfunk zu verbreiten.

Der Aeltestenrat des Reichstags sollte sich heute vormittag vor Beginn der Sitzung mit dieser Angelegenheit befassen. Inzwischen hat aber der Reichskanzler selbst darum ersucht, von der Verbreitung seiner Rede durch Rundfunk abzusehen. Infolgedessen ist die Sitzung des Aeltestenrats wieder abgejagt worden.

„Es gibt kein Harzburg mehr.“

Bei Adolfs wird man deutlich.

Die Gauleitung Ostpreußen der NSDAP. verbreitet ein Flugblatt mit Richtlinien zur Reichspräsidentenwahl. In einem Aufruf, der die Unterschrift des Gauleiters noch trägt, heißt es u. a.: Die deutsche Schicksalswende bricht an. Sie wird nicht halt machen vor Sahn-Ausgeschüßen, eisernen Hehreden oder „aumnationalen“ Sonderkandidaturen. Die Geschichte wird nicht still stehen der Deutschnationalen Volkspartei oder dem Stahlhelm zuliebe. Es gibt kein Harzburg mehr. Die Fronten sind klar.

Die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ schreibt dazu, bei dem parteiamtlichen Charakter dieses Aufrufs sei anzunehmen, daß er in vollem Einverständnis mit der zentralen Führung der NSDAP. erlassen worden sei. Um so bemerkenswerter sei die außerordentlich scharfe Sprache gegenüber den bisherigen Verbündeten in der Harzburger Front.

Wir finden das gar nicht so „bemerkenswert“. Die Hiller-Leute sind gewohnt, auf jeden loszuschlagen. Besonders natürlich auf diejenigen, die ihnen die Steigbügel halten und — wie im Reichstag — getreulich hinter ihnen hertrödeln. Die Harzburger sind wirklich bei Adolf abgemeldet. Wenn er erst das Rühmenthal-Patent über seine Anstellung beim Vermessungsamt in der Tasche hat, wird er den Harzburger Seldte-Deuten noch einiges an Liebenswürdigkeiten vermessen lassen. Des können sie gewiß sein...

Zörner in der Dunkelkammer.

Ein Nazi-Präsident will nicht beobachtet werden.

Braunschweig, 25. Februar. (Eigenbericht.)

In der heutigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Braunschweigischen Landtags sollte das Kapitel „Landtag“ behandelt werden. Der Nazi-Präsident Zörner hatte dem Berichterstatter, dem sozialdemokratischen Vizepräsidenten Riele, jedoch die Akten und sonstigen Unterlagen vorenthalten. In der Sitzung selbst verlangte der Nazi-Präsident, dessen Präsidialausgaben anscheinend das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen haben, die Vertraulichkeit der Sitzung. Hiergegen protestierten die sozialdemokratischen Abgeordneten; sie wurden jedoch von der bürgerlich-nationalsozialistischen Mehrheit überstimmt.

Ein Staatsanwalt.

Eingreifen der Aufsichtsbehörde gegen eine Ungehörigkeit

Am 27. Oktober 1931 wurde vor dem Schöffengericht in Kottbus eine Strafsache gegen mehrere Mitglieder des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold verhandelt, weil diese sich gegen einen Ueberfall der Nationalsozialisten zur Wehr gesetzt hatten. Als hierbei ein völlig unbeteiligter Zeuge vernommen wurde, dessen Aussage aber eine erhebliche Entlastung der Angeklagten und eine Belastung der Nationalsozialisten bedeutet, erklärte der Vertreter der Staatsanwaltschaft, Staatsanwaltschaftsrat Jacobson, daß diesem Zeugen kein Glaube zu schenken sei. Das ergäbe sich daraus, daß er den Eid in der weltlichen Form geleistet habe. Daraus sei zu ersehen, daß seine Sympathien nach links gingen. Wegen dieses Verhaltens des Staatsanwalts wurde die Republikanische Beschwerdestelle Berlin bei dem Generalstaatsanwalt beim Kammergericht, Herrn Dr. Wichmann, vorstellig, der nunmehr amtlich mitteilt, daß er „den Sachverhalt geprüft und das Erforderliche veranlaßt habe“. Leider wird nicht gesagt, worin „das Erforderliche“ bestanden hat.

Vom Löwen zerfleischt.

Schwerer Unfall im Steffiner Zentralhallen-Varieté.

Stettin, 25. Februar.

Ein schwerer Unfall ereignete sich in der gestrigen Abendvorstellung des Zentralhallen-Varietés, wo ein Wärtter, der unmittelbar vor dem Austritt eines Löwenmoderators den auf die Bühne gebrauchten Käfig betrat, von zwei Löwen angefallen und zu Boden gerissen wurde. Bevor es gelang, die Tiere von dem Unglücklichen abzublenden, war er so schwer verletzt worden, daß er sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Ein Löwe mußte, um den am Boden Liegenden betreten zu können, von einem Polizeibeamten erschossen werden.

Bier-Boykott beginnt

12 000 Berliner Gastwirte wollen sich beteiligen

In Berlin hat heute früh der Bierboykott der Gastwirte begonnen, dem sich neben rund 12 000 Schankstätten auch zahlreiche Großbetriebe angeschlossen haben. So sind die Bahnhofs-wirtschaften, denen die Reichsbahn ihr Verhalten anheimgestellt hatte, und die Aschinger U.-G. der sonderbaren Aktion gleichfalls beigetreten. Eine Schließung der Gaststätten ist keinesfalls beabsichtigt. Den Kunden wird lediglich kein Bier ausgeschenkt, stattdessen werden Schoppenweine, Selterwasser, Fleischbrühe und Kaffee angeboten. Der Streik soll sich allerdings erst am Sonnabend voll auswirken, nachdem die Gastwirtschaften ihre Biervorräte ausgeschenkt haben werden. Die Gastwirte sind angeblich entschlossen durchzuhalten. Die Brauereien haben, wie alltäglich, Bier ausfahren lassen. Erst gegen mittag, wenn sich der Absatz übersehen läßt, ist die Stellungnahme der Brauereien zu erwarten.

Der geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Gastwirteverbandes ist heute zusammengetreten, um zu der durch den Berliner Bierstreik geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Der Ausschuß stellte sich auf den Standpunkt, daß der Deutsche Gastwirteverband als Reichsorganisation keine Veranlassung habe, aus dem Vorgehen der Berliner Gastwirte irgendwelche Folgerungen für das Reich zu ziehen. Der Verband lehnt es also ab, einen Bierstreik für das ganze Reich zu propagieren.

Am heutigen Vormittag

zeigte die Boykottbewegung der Berliner Gastwirte noch ein durchaus uneinheitliches Bild. Soweit sich ein Ueberblick gewinnen ließ, wird der Boykott besonders in den Außenbezirken

durchgeführt. Dagegen sind die Altberliner Arbeiterviertel, wie der Norden und der Osten, schon erheblich geringer an der Boykottbewegung beteiligt. In der Berliner Innenstadt schließlich ist von der Bewegung vorläufig so gut wie nichts zu bemerken. Auf Grund dieser uneinheitlichen Lage gab es heute Vormittag ganze Straßenzüge in Groß-Berlin, die sich rüstlos der Bewegung angeschlossen, und dann auch wieder ganze Stadtviertel, die sich bis zur Stunde am Boykott noch nicht beteiligen. Mitunter gibt es Straßenecken, an denen ein Gastwirt das zum Boykott auffordernde Plakat ausgehängt hat, sein gegenüberliegender Nachbar aber unbeteiligt ist.

Die Gastwirte, die sich bisher dem Streik noch nicht angeschlossen haben, stehen der Bewegung allerdings nicht ablehnend gegenüber. Sie nehmen vielmehr eine noch abwartende Haltung ein. Es spiegelt sich hier das Bild wieder, das die gestern abgehaltene Funktionärerversammlung der 12 000 Berliner Gastwirte bot. Auch hier wollte die Organisationsleitung vor der Hand noch eine abwartende Haltung einnehmen. Heute nachmittag finden Bezirksversammlungen der Gastwirte statt, auf denen man zu einer einheitlichen Stellungnahme im Sinne einer strikten Durchführung des Boykotts kommen will.

Wie wir erfahren, wollen die Gastwirte sich auch nicht auf einen Kampf gegen die Steuern allein beschränken. Neben dem Abbau der Bier-, der Getränkeverzehrer- und der Bergnugssteuer soll der Kampf ausgedehnt werden für eine Herabsetzung der Grundgebühren für die Fernsprechanlagen und für eine Herabsetzung des Stromtarifs der Berliner Elektrizitätswerke.

Nazi als Verleumder.

Drei Monate Gefängnis wegen Beleidigung des Eisenbahnerführers Scheffel.

Um in der Arbeiterschaft Stützpunkte und bessere Ausbreitungsmöglichkeiten zu bekommen, sollen in den Betrieben Nazizellen gebildet werden. Da die Schaffung solcher Zellen aber nicht so leicht ist, als einen politisch nicht geschulten Mittelstand zum Hakenkreuz zusammenzutrommeln, werden die Führer der Arbeiterschaft in der gemeinsten Weise verleumdet.

Zu dieser Kampfesart hatte auch der Naziführer Nikolaus Stendal seine Zuflucht genommen. In einem Flugblatt hatte er den Vorsitzenden des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, den Reichstagsabgeordneten Scheffel, des Betruges, der Lüge und des Verrats an der Arbeiterschaft beschuldigt. Derartige Verleumdungen sollen aber nach den Vorschriften der Bierien Roterordnung vom 8. Dezember 1931 jetzt schwerer bestraft werden als früher. Insbesondere soll das geschehen, wenn der Beleidigte eine im öffentlichen Leben stehende Person ist und die Beleidigung öffentlich behauptet oder verbreitet und geeignet ist, den Beleidigten des Vertrauens unwürdig erscheinen zu lassen, dessen er für sein öffentliches Wirken bedarf. Diese Bestimmung aus der Roterordnung trifft auch für die meisten Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre zu. Darauf Bezug nehmend, erstattete Genosse Scheffel Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft. Der Staatsanwalt erhob öffentliche Anklage, und vier Wochen später verurteilte das Schöffengericht den Nazimann wegen übler Nachrede zu der gesetzlichen Mindeststrafe von drei Monaten Gefängnis.

Die Verurteilung mag dem Bestraften und seinesgleichen eine Warnung sein. Doch sind die Vertrauensleute der Arbeiterschaft nicht vogelfrei und noch lassen sie nicht Schindkader mit sich treiben.

Abflauen der Kämpfe bei Schanghai.

Auf beiden Seiten neue Verstärkungen im Anmarsch.

Nach einer Meldung aus Schanghai verstärkten die Chinesen die Verteidigungsanlagen in Tschapei, wo das Maschinengewehr- und Geschützfeuer am Mittwoch etwas nachgelassen hatte. Der rechte Flügel der japanischen Armee, der durch die chinesische Gegenoffensive am Dienstag aufgehalten worden war, ist am Mittwoch langsam südwestlich des Dorfes Niao-Tschischen vorgezogen. Eine neue chinesische Armee ist durch die Vereinigung mehrerer Truppenverbände verschiedener Divisionen unter dem Befehl des Generals Tschangschinlung gebildet worden. 2000 Kadetten der Militärschule von Kanking sind in Nantau eingetroffen und sollen auf die Truppen der neuen Armee verteilt werden. Für Donnerstag wird auch das Eintreffen einer neuen japanischen Armee in Schanghai erwartet.

General Na ermordet?

Reuter verzeichnet aus Kanking das Gerücht, daß in Chargin der chinesische General Na von einem Chinesen ermordet worden sei. Eine Bestätigung dieser auf etwas kompliziertem Wege verbreiteten Meldung bleibt abzuwarten.

General Na hatte sich neuerdings als Werkzeug Japans in der Mandchurei entpuppt, nachdem er lange Zeit den Anschein erweckt hatte, als wäre er der Führer des nationalen Widerstandes gegen die Eroberer.

Neun Angeklagte — neun Pistolen.

Kommunistischer „Laubentolonieschutz“ für Grönland.

Vor dem Schöffengericht Lichtenberg stehen neun Kommunisten im Alter von 20 bis 30 Jahren, die am 22. Januar, zwei Tage nach den Vorgängen in der Kolonie Felsenek, auf dem Gelände der Laubentolonie Grönland, sämtlich mit Schusswaffen ausgerüstet, festgenommen wurden.

Die Anklage, die auf „Bildung bewaffneter Haufen“ und auf „unbefugten Waffenbesitz“ lautet, nimmt an, daß es sich um kommunistische „Einheiten“ handelte, die zu einem Ueberfall auf Nationalsozialisten beordert waren. In Hohenstaubensau fand nämlich in Verbindung mit den Vorgängen in Felsenek eine von Kommunisten einberufene Versammlung statt, zu der auch Nationalsozialisten geladen waren. Mehrere Angeklagte haben in der Voruntersuchung im Sinne der Anklage ausgesagt und ihre Führer und Genossen schwer belastet. Schenkt man diesen Aussagen Glauben, so war man von zwei Sammelstellen aus zu der Kolonie Grönland marschiert und hatte sich hier in einer Laube zusammengefunden. Von einem bewaffneten Radfahrer war Marschorder gekommen, alle neun Mann erhielten von einem der Mitangeklagten Waffen ausgehändigt, die auf Befehl geladen und entzündet wurden, und dann ging es unter Führung des Angeklagten Voh los. Auf dem Wege zum Steuerhaus wurden alle neun von der Polizei über-

rastet und festgenommen. Bei etwa vier fand man Pistolen, fünfensichererte und geladene Schusswaffen lagen unmittelbar neben den Festgenommenen hinter dem Jaun.

In der Verhandlung gaben die Angeklagten wenig einleuchtende Erklärungen ab: sie wollten auf dem Arbeitsamt oder sonstwo ganz zufällig erfahren haben, daß für den 22. Januar in Grönland ein Laubentolonieschutz beabsichtigt sei; die Waffen haben sie zufällig erworben. Mehrere Angeklagte sind vielfach, zum Teil wegen schwerer Delikte vorbestraft. Jedemfalls erscheint das Unternehmen der bewaffneten Kommunisten äußerst fragwürdig und ist mir geeignet, Wasser auf die Mühlen der Nationalsozialisten zu schütten.

Tendenzprozeß bei Wien.

Gemeindefunktionäre unter Anklage.

Wien, 24. Februar. (Eigenbericht.)

Nach vierzehntägiger Verhandlung sind einige führende Mitglieder der sozialdemokratischen Stadtverwaltung von Schwachat zu Freiheitsstrafen zwischen 14 Tagen Arrest und 10 Monaten schweren Kerkers verurteilt worden; zwei Angeklagte wurden freigesprochen.

Schwachat ist eine Industriestadt östlich von Wien mit einer weit überwiegenen Arbeiterbevölkerung und sie hat dementsprechend eine sozialdemokratische Zweidrittelmehrheit im Gemeinderat, die auch die leitenden Funktionäre stellt. Vor einiger Zeit wurde der Staatsanwalt bekannt, daß Unregelmäßigkeiten vorgekommen waren. Es handelte sich in der Hauptsache darum, daß Arbeiterorganisationen Gemeindegeldern teils durch Lieferung von Sachen zugewendet worden waren. Obgleich es nur geringe Beträge waren, hat die Staatsanwaltschaft alle nur möglichen Belastungsmomente hervorgehoben und herangezogen und

mit einer Energie die Anklage vertreten, wie sie gegen Großschleiber und Schwertkorruptionisten niemals angewendet worden ist; ging es doch gegen „Marxisten“. Den größten Teil der Anklagepunkte hat die Staatsanwaltschaft schon am Sonnabend juräckziehen müssen.

Uebriggeblieben ist, daß Bürgermeister Weinhofer etwas altes Bauholz für einen privaten Hausbau verwendet hat und daß er zwei Strafangelegenheiten nicht weitergeleitet hat. Davon war die eine gegen seinen Sohn gerichtet, die zweite gegen einen Betriebsrat, der Geld unterschlagen hatte und der sich, als dies aufgedeckt wurde, umbringen wollte. Der Bürgermeister hat ihn davon abgehalten und mit ihm vereinbart, daß er den Schaden gut mache. Sechs Jahre lang hat dieser Betriebsrat 50 Schilling monatlich abgezahlt. Als jetzt die Untersuchung eingeleitet wurde, hat er Selbstmord begangen. Was das Bauholz anbelangt, so hat Weinhofer sich glaubhaft dahin verantwortet, daß er angenommen habe, diese Arbeit werde nach Feierabend ausgeführt und man werde ihm die Kosten in Rechnung stellen. Er hat der Gemeinde diese Ausgaben nach der Hausbuchung bei ihm erstattet. Das Urteil rechnet ihm als mildernd an, daß er 15 Jahre lang einwandfrei für die Gemeinde gearbeitet hat. Tatsache ist, daß unter der sozialdemokratischen Verwaltung Schwachat aus einem vernachlässigten Dorf zu einer modernen Stadt geworden ist. Der Hauptfehler war, daß die Anstellung eines gelehrten Buchhalters unterlassen und daß nicht die Genehmigung des Gemeinderats für die Ausgaben und Leistungen eingeholt worden ist, die mit Zweidrittelmehrheit erteilt worden wäre.

Die sozialdemokratische Organisation Schwachat und der niederösterreichische Landesparteivorstand haben folgende Beschlüsse gefaßt:

Weinhofer wird nicht nur seiner öffentlichen Ämter, sondern auch seiner Parteifunktionen enthoben. Er hat bereits vor dem Urteilspruch sein Landtagsmandat niedergelegt. Gegen Weinhofer und die übrigen Angeklagten wird das schrengerichtliche Verfahren im Sinne des Parteistatuts eingeleitet. Der bisherige Vizebürgermeister Tiefenbacher (der die höchste Strafe erhalten hat) und ein zweiter Verurteilter können nach dem Parteistatut der Partei nicht angehören und werden daher aus der Partei ausgeschlossen. Es wird festgestellt, daß schon am Beginn der Untersuchung gegen die Schwachater Funktionäre die Partei beschloffen hat, gegen jeden der Beschuldigten, deren Schuld im Prozeß erwiesen werden sollte, im Sinne des Parteistatuts vorzugehen. Von vornherein stand fest, daß die Anschuldigungen der Anklageschrift gegen die Parteiorganisation zusammenbrechen werden. Diese Erwartung hat der Urteilspruch vollinhaltlich bestätigt.

Vortrag des Preis-Kommissars im Rundfunk. Der Preis-Kommissar Dr. Goerdeler hält am 29. Februar in der Zeit von 18.25 bis 18.45 Uhr einen Vortrag über die Deutsche Welle Königs-wusterhausen.

Neuer Amnestierummel.

Die Lieblingsbeschäftigung der Kommunisten.

Der Rechtsausschuß des Preussischen Landtags beriet am Dienstag den kommunistischen Amnestieantrag. Dieser, ein rein demagogisches Machwerk, verlangt völlige Straffreiheit für „alle im Interesse der Arbeiterklasse begangenen Gesetzesverletzungen“, und zwar im besonderen für alle Handlungen aus politischen Beweggründen, für alle Handlungen aus wirtschaftlicher Notlage, für alle Reutereien in Strafanstalten usw. usw., außerdem noch für alle Handlungen, die mit den genannten „in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang“ stehen.

Aus der Begründung durch den kommunistischen Abgeordneten Obuch ging hervor, daß dieser Antrag nur Straffreiheit für verurteilte Kommunisten bezweckt.

Für die Sozialdemokratie erklärte Genosse Kuttner, daß der Antrag, wenn man ihn wörtlich nimmt, sich gegen die Kommunisten richtet; denn ihre Handlungen sind ja nicht im Interesse der Arbeiterklasse begangen, sondern laufen dem Interesse der Arbeiterklasse direkt zuwider, wie die Spaltung der Gewerkschaften und die Zerstörung der Konsumvereine beweisen. Im übrigen gibt es keine Garantie dafür, daß nicht die Gerichte die Worte „im Interesse der Arbeiterklasse begangene Gesetzesverletzungen“ auf die Nationalsozialisten oder sonstige Reaktionsäre anwenden. Die ungeheure Zahl der politischen Gewalttaten macht zur Zeit jede Amnestie unmöglich. Sicherlich würden nicht halb so viele politische

Modest Mussorgsky

„Boris Godunow“ im Rundfunk

Mussorgsky ist nun über fünfzig Jahre tot. Als er starb, als er in ungläublicher, in erschütternder Armut und Einsamkeit verlebte wie irgendein Namenloser, wie einer der „Erniebdrigten und Beleidigten“, denen sein leidenschaftliches Interesse immer gegolten hatte, da waren die spärlichen Erfolge seines Lebens längst vorbei. Es waren die Tage vergessen, an denen dem Schöpfer des „Boris Godunow“ alles zugejubelt hatte, was in Rußland freierlich und revolutionär gesinnt war, es wußten nur wenige Freunde noch um sein Werk, und auch die verstanden es kaum. Nichts vermog dies besser zu erweisen als die Art, wie Rimsky Korsakoff seine Werke — ungewissenhaft in lauterer Absicht — redigierte: in der Annahme, Mussorgsky wäre ungeschickt im Formalen, ein ungelentlicher Harmoniker und ein schlechter Instrumentator gewesen, änderte er, was zu ändern war, um seinem, Rimskys, westeuropäischen Ideal unerbittlicher Stätte möglichst nahezukommen. Er merkte nicht, wie sehr dies Mussorgskys Willen und Wüßten widersprach, wie wenig ihm all dies gemäß war: die braven Zweiviertelstücke statt wechselnder rhythmischer Gestaltung voll poeander Intensität, die belanglose Allermelsharmonik statt der kühnen und hinreichenden Harmoniefolgen Mussorgskys, die schulmäßig „gut“ geführten Bässe statt der eigentümlichen Parallelen, der kraftvollen Rückungen und feierlichen Orgelpunkte. Rimsky konnte wohl nicht anders, als all dies durch die Brille zeitgebundener Keuschheit zu sehen, d. h. das Neue nicht zu sehen: wir aber, denen die Erkenntnis der Größe dieses Mannes immer mehr aufgegangen ist, wir haben die Pflicht, uns auf die ursprüngliche, unverfälschte Fassung jener Werke zu besinnen. Wenn nun die Funkstunde die deutsche Uraufführung der Urfassung des „Boris Godunow“, der bedeutendsten dramatischen Arbeit Mussorgskys (nielliecht der bedeutendsten russischen Partitur überhaupt) unter der Direktion des Russen Malto für morgen abend ankündigt, ist dies ein musikalisches Ereignis ersten Ranges.

Der Text zum „Boris Godunow“ entstammt Puschkins gleichnamigen Drama (wenn Mussorgsky ihn auch vielfach abgeändert und mit Zusätzen versehen hat), das ein dunkles und eigentümliches Kapitel der russischen Geschichte, die Zeit der Wirren zu Anfang des 17. Jahrhunderts, behandelt. Mussorgsky bezeichnet seinen Boris als musikalisches Volksdrama: es geht ihm nicht um Herdenkult, große Historie, psychologische Entwicklung interessanter Charaktere; noch viel weniger — was man seinerzeit am wenigsten verstand — um die laubläufigen dramatischen und lyrischen Situationen einer Oper (weder der in Wahnsinn endende Usurpator Godunow, noch sein Gegenspieler, der falsche Demetrius, sind ihm Helden im üblichen Sinn) — sein Interesse, sein Herz, seine Arbeit gehört dem Volk, der namenlosen Masse, die beherrscht wird und eigentlich doch herrscht, die Schicksal erleidet und eigentlich das Schicksal

ist. Von hier aus, von der Masse aus, sieht Mussorgsky die Geschichte, sieht sie im Gegensatz zu fast all seinen Zeitgenossen im heutigen, in unserem, im sozialistischen Sinn; die Helden, die Solisten des Weltgeschehens, sind ihm Funktionen und Ausstrahlungen der Massen und ihrer Bewegung, diese aber sind das Wichtige und Große.

Es war nur konsequent, wenn er so zu tiefst Neues nicht mit den herkömmlichen Mitteln gestalten wollte, wenn er (nach seinen eigenen Worten) mit heikem Drang nach neuen Ufern der noch unerforschten Kunst auszog; wenn er mit Mitteln arbeitete, die voll großartiger Primitivität, voll primitiver Großartigkeit sind, wenn er von einem Naturalismus in der Musik träumte, den es in ihr gar nicht geben kann. Ungelehrt, ein Dilettant, ein Stümper im schulmäßigen Sinn, erreichte er in der Glut der Empfindung und in der schlafwandelnden Sicherheit des Genies doch, was er wollte: die denkbar stärkste Verankerung von Kunst und Leben, die nur einem Künstler gelingen kann (nie hatten wir solche nötiger als heute), dem das Leben wichtiger ist als die Kunst, die Masse, der Mensch, der Kamerad wichtiger als das eigene, noch so köstliche Ich.

Seine Musik weist in vielen Jügen eine eigentümliche Stille auf, die zur Dynamik, zu den Schwellungen, Spannungen, Entladungen der romantischen Musik in scharfem Gegensatz steht; sich heute allerdings in der neuen Musik wiederfindet. Die russische Kirchenmusik, das slavische Volks- und Tanzlied sind ihre Elemente; die aber durchaus nicht (wie bei Tschairowsky etwa) umgedeutet und eingeschmolzen werden, sondern in ihrer ganzen ungeheuren und ursprünglichen Intensität zur Auswirkung kommen. Um auf ein Beispiel hinzuweisen, sei hier an seine — jeden Arbeiterfänger bekannte — „Sonnenhymne“ (eigentlich „Zarenhymne“) aus dem „Boris Godunow“ erinnert: ein herrliches Stück — eins von vielen! — voll gewaltiger Kraft und großartiger Wirkung: übrigens ein mit feierlichen Akkorden harmonisiertes russisches Volksliedthema.

Mussorgsky hat auf die Musikentwicklung — sowohl auf den Impressionismus, wie die „Neue Musik“, man denke nur an Debussy oder Stravinsky — großen Einfluß ausgeübt. Mag es an diesem Einfluß liegen oder daran, daß die Musik zwangsläufig einen Weg geht, den er in mehr als einem Sinn als erster ging: wir begreifen ihn heute erst ganz, trotzdem er vor mehr als fünfzig Jahren schon in legendärer Verlassenheit starb, Schicksalsgenosse zuleht und Bruder aller Erniedrigten und Beleidigten, aller Mühseligen und Beladenen; Kämpfer der ewigen Kraft des Volkes und damit auch Prophet seiner künftigen Freiheit.

Arnold Walter.

Geburt des nationalen Kandidaten



„Es sind leider zwei geworden...“

Worte vorkommen, wenn nicht die Läter darauf spekulierten, daß ihnen die Gegenseitigkeitsversicherung Nazi-Nazi Amnestie verschaffen würde. Die Sozialdemokratie verkennt nicht die Härten der Rotenprüdungen. Aber hier kann nur durch Einzelbegnadigungen Remedium geschaffen werden. Deswegen hat die Sozialdemokratie einen Antrag eingebracht, der das Ministerium ersucht, im Wege der Einzelbegnadigung besondere Härten auszugleichen, die sich aus der Anwendung der neuen Strafbestimmungen ergeben. Hierbei sollen besonders die Fälle wohlwollend behandelt werden, in denen die Läter zum Schutze der Republik, zum Schutze ihrer staatsbürgerlichen Rechte, zum Schutze von Leib und Leben oder zum Schutze ihres oder ihrer Organisationen Eigentum das zulässige Maß der Rotwehr überschritten haben.

In der weiteren Diskussion sprachen sich die Vertreter aller bürgerlichen Parteien angesichts der ungeheuren Zunahme der Gewalttätigkeiten gegen eine Amnestie aus. Genosse Gehrman erinnerte daran, wie die Kommunisten die Arbeiter geradezu in strafbare Handlungen hineingehiebt haben, wie beim russischen Seemannsstreik. Die Ueberfälle auf solche organisierten Arbeiter, die sich nach den Bestimmungen der Gewerkschaften richteten, durch Anhänger der RSD, sind ganz gewiß nicht als Läter zu bezeichnen, die im Interesse der Arbeiterklasse begangen sind.

Ein Vertreter des Justizministeriums gab die Erklärung ab, daß für die Staatsregierung eine Amnestie jetzt nicht in Frage käme. Im übrigen sei das Justizministerium bereits sehr bestrebt, im Sinne des sozialdemokratischen Antrags Härten im Wege der Einzelbegnadigung auszugleichen.

In der Abstimmung wurde der kommunistische Antrag gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt, der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Demokraten.

Darmstädter Nazitheater.

Blamagen ferienweise.

Darmstadt, 24. Februar. (Eigenbericht.)

Im Hessischen Landtag wurde am Mittwoch ein nationalsozialistischer Antrag, über den sozialdemokratischen Innenminister Seufhner die Gehaltsperre zu verhängen, mit den Stimmen der Nazis und Nazis angenommen. Der Beschluß bleibt allerdings ohne praktische Folgen, da er verfassungswidrig ist.

Gegen den Justizminister Kirnberger (Z.) wurde im Zusammenhang mit der Freisprechung des Nationalsozialisten Stier in der Großgerauer Arbeitermordaffäre ein kommunistischer Mißtrauensantrag unter Stimmenthaltung aller übrigen Parteien angenommen. Während der Debatte hierüber beschuldigte Abg. Galm der kommunistischen Opposition den Naziabgeordneten Dr. Best, sich eines Mordversuchs an einem separatistischen Redakteur in Mainz gerühmt zu haben. Best gab das zu mit der Einschränkung, er habe sich nur identifiziert mit den ihm befreundeten Personen, die den Redakteur „umlegen“ wollten, was allerdings mißglückt sei.

Unter allgemeinem Hallo des Hauses zogen die Nazis schließlich ihren Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Mordanschlag auf den Abg. Buttler zurück. Der Abg. Galm der kommunistischen Opposition machte sich jedoch den Antrag zu eigen, so daß die parlamentarische Untersuchung dieses Selbstverstümmelungsfalles doch noch durchgeführt werden dürfte.

Alt-Berliner Graphiker.

Ausstellung in der Kunsthochschule.

Die Akademie für Bildende Kunst in der Hardenbergstraße stellt Graphik von Künstlern zwischen 1750 und 1850 aus, die zum Kreise der Berliner Akademie gehört haben. Professor Bruno Paul erwähnte in seiner Einführungsrede, daß dies gewissermaßen der Beitrag der Hochschule zum Gedächtnis der hundertsten Wiederkehr von Goethes Todestag darstelle. Das mag passieren. Nur sollte man dann nicht ganz vergessen, auf welch gespanntem Fuß eigentlich der große Beseierte mit dem künstlerischen Genius des „verwegenen Menschenhüchlers“ gelebt hat, wie Goethe die Berliner nannte, und daß er den unbezweifelbaren Realismus in den Werken der ausgestellten Künstler mit intensiver Abneigung betrachtet hat.

Aber das kümmert uns nicht viel angesichts der ausgezeichneten Sammlung graphischer Blätter, die hier eine wichtige Zeitperiode illustrieren. Sie führen aus der dumpfen Geistigkeit des unterdrückten Kleinbürgers, wie wir sie bei Chodowiecki finden, aus den Kreisen der geistreichen Hofkünstler Friedrichs, wie Knobelsdorff oder Rode, bis zum vollentwickelten Selbstbewußtsein des Bürgers von 1850, den Menzel ebenso glanzvoll repräsentiert wie den gleichzeitig irisch aufblühenden Byzantinismus gegenüber den Hohenzollern. Zwischen beiden Polen sieht man den eigentlichen Höhepunkt der Entfaltung deutschen Geistes zur napoleonischen Zeit: die herrliche Naturwahrheit Gottfried Schadows, A. B. Kolbes und Franz Krügers, die Romantik von Schinkel und Biechen. Und dann den zahmen, etwas spießigen Humor der Dörbied, Hofmann und Schrödter. Alles in vorzüglichen Radierungen und Lithographien, die ein lebendiges Spiegelbild jener merkwürdig zwiegeteilten Epoche abgeben.

Die Blätter stammen aus der schönen Sammlung von Thomas Graf.

„Ben Hur“ als Tonfilm.

Ufa-Pavillon.

Der „berühmteste“, der „teuerste“ usw. amerikanische stumme Film „Ben Hur“, der nach einem ebenso „berühmten“ Drama und Roman bearbeitet ist, wird von seinen Unternehmern aufs neue auf den Markt gebracht. Man gibt ihn jetzt als Tonfilm aus, obwohl nur eine Musik dazu nachsynchronisiert ist und einige Geräusche eingefügt sind. Im übrigen ist es der alte Film, und es ist ein wahres Glück, daß wir vor jedem gesprochenen Dialog bewahrt bleiben. Denn es wäre fürchterlich, wenn diese historischen Puppen, die im Grunde doch nur Amerikaner von heute sind, auch noch reden würden. Der Film hat seinerzeit Kurfürsten erregt durch die ungeheure Entfaltung von Menschennaffen und durch eine für eine halbe Million Dollar inszenierte Seeschlacht. Dieser Pomp läßt uns heute kalt. Aber das Wagenrennen mit Bierergelassen in dem ungeheuren Zirkus ist auch heute noch eine unerreichte spannende Nummer. Ramon Novarro feiert hier seinen Triumph. Die übrige Handlung ist freilich ein fast ebenso unerreichter Edelstisch voll fühllicher Sentimentalität mit unerträglich ausgedehnten Szenen. Das Mittel ist jüdisch-römisch zur Zeit Christi. Die Psychologie ist von beneidenswerter Anspruchslosigkeit. Die heimelige-mohene Christus-handlung ist zum Teil nach bekannten Kunstwerken gestellt. Einige Bilder sind übertrieben koloriert.

Man staunt, daß man einmal solche Mittel zu einem so geringen Endeffekt aufgewandt hat. Aber aus diesem nur in allem äußerlichen großen stummen Film sieht man sich trotzdem kaum nach dem modernen Operententisch des Tonfilms.

Ein berühmtes deutsches Washington-Bild. Die bekannteste Darstellung Washingtons, dessen 200. Geburtstag jetzt von der ganzen Welt gefeiert wird, ist das Gemälde des Deutsch-Amerikaners Emanuel Leuge „Washington fährt über den Delaware“, das

1851 für den Kongreßsaal des Kapitols in Washington gemalt wurde. Das Bild, das jahrzehntelang das beliebteste Werk deutscher Kunst in Amerika war, kam dann in das New-Yorker Metropolitan-Museum, ist dann aber aus dem Museum entfernt worden. Wie Dr. Post in „Kunst und Künstler“ mitteilt, ist die Deffentlichkeit darüber enttäuscht, und der neue Präsident des Museums hat die Wiederausstellung des Werkes zugelagt. Von dem Bild, das auch in Deutschland sehr berühmt wurde, befindet sich übrigens eine eigenhändige Wiederholung in der Bremer Kunsthalle.

Dem absoluten Null-Punkt nähergekommen Dieser Tage konnte auf dem naturwissenschaftlichen Laboratorium in Leiden die Grenze der bisher erreichten niedrigsten Temperatur um ein beträchtliches herabgedrückt werden. Es gelang Professor Reesom, eine Temperatur zu erreichen, die nur noch 0,71 Grad über dem absoluten Null-Punkt liegt. Professor Reesom ging auf die Weise vor, daß er die Dämpfe von flüssigem Helium, das sich in einem doppelwandigen Glasbehälter von 5 Kubikzentimetern befand, der wiederum fast ganz von flüssigem Helium umgeben war, mit großer Schnelligkeit, mesofangen ließ. Das dazu benutzte Pumpaggregat besitzt eine Saugkapazität von 675 Liter Helium in der Sekunde. Am 13. Oktober 1921 war es Professor Reesom bereits geglückt, eine Temperatur von 0,82 Grad Kelvin zu erreichen.

Karl May, 90. Geburtstag. Das Andenken des vor 30 Jahren verstorbenen Schriftstellers Karl May wurde an seinem 90. Geburtstag am 25. Februar durch zwei besondere Ehrungen gefeiert. Die erzgebirgische Stadt Hohenstein-Ernstthal dehnte die Karl-May-Straße aus, so daß nunmehr auch das Geburtshaus des Erzählers darin liegt. Desgleichen hat die Stadt Radebeul bei Dresden die Straße, in der sich Karl Mays Sterbehaus und das Wildwest-Bildhaus nebst dem Karl-May-Museum befinden, in Karl-May-Straße umbenannt.

100 000 Dollar für die Münchener Kunstausstellung. Das neu erdichtete Kunstausstellungsgebäude in München hat von dem Deutsch-Amerikaner Knempel eine Stiftung von 100 000 Dollar zur Durchführung großzügiger Ausstellungen erhalten.

Die Ausstellung „Ergebnisse des neuen Zeichen- und Werkunterrichts an höheren Schulen“ im Lichhof des Museums, Prinz-Albrecht-Str. 7, wird bis zum 6. März verlängert. Sie ist täglich (außer Dienstags) von 9 bis 3 Uhr geöffnet.

In der Kamera findet Freitag die Uraufführung der neubearbeiteten Tonfassung des Ton-Chans-Films „Der Glöckner von Notre Dame“ statt.

Handwerker. Zum 200. Geburtstag von Josef Bodn veranstaltet das Völkermuseum Orchester zwei Handwerker, am 28. Februar und 6. März, 8 Uhr. Am 2. Abend: Die Jahreszeiten.

Dr. Cohn-Wiener berichtet Sonnabend, 8 Uhr, auf Einladung der Volkshöhle im Kunstgewerbemuseum um zwölftmal über seine Studienfahrten im Orient. Der Vortrag wird durch Lichtbilder und Schallplatten erläutert.

Ein nettes „Schülerbuch“.

Nationalistische Hehe gegen die Republik.

Der Hauptlehrer Wirtz hat ein Buch mit dem Titel „Heimatkreuz“ 1931 herausgegeben, welches zur Anschaffung für Schülerbüchereien bestimmt sein sollte. In diesem Werk wird unter dem Deckmantel der Erinnerung an die schweren Abstimmungszeiten in Oberschlesien eine bössartige Hehe gegen die freiheitliche Entwicklung Deutschlands betrieben. So heißt es u. a.:

„Freiheit! jauchzt der Arbeiter; denn er streift und feiert für Geld, während die Lokomotiven und Dafen kalt dastehen...“

„Freiheit! Süße Freiheit! Goldene Freiheit! Deine wegen wirt man sein liebes teures Vaterland vor die Füße der Feinde!“

Da dieses Buch bereits in pommerischen Schulen Eingang gefunden hatte, wandte sich die Republikanische Beschwerdestelle Berlin an die preussische Unterrichtsverwaltung und erfährt nunmehr, daß der Kultusminister in einem besonderen Erlaß die nachgeordneten Behörden darauf hingewiesen hat, daß das genannte Buch „Schülerbüchereien nicht geeignet“ sei.

Lehrlingsmangel?

Ständiger Rückgang der Zahl der Handwerkslehrlinge.

Der Deutsche Handwerks- und Gewerbetag hat neue Erhebungen über die im Jahre 1930 vorhandenen Lehrlinge im Handwerk angestellt. Danach waren am 31. Dezember 1930 insgesamt 699335 Handwerkslehrlinge vorhanden, und zwar 628555 männliche und 70780 weibliche Lehrlinge. Von der Gesamtzahl entfielen 441223 auf Preußen, 73688 auf Bayern, 58551 auf Sachsen, der Rest auf die übrigen Länder.

Von rund 700000 Lehrlingen standen 450000 bei Innungs- und rund 150000 bei Nichtinnungsmitgliedern in der Lehre. Das Uebergewicht der Innungslehrlinge war besonders stark in Preußen, Sachsen, in den Hansestädten und verschiedenen kleineren Ländern.

Gegenüber den vorangehenden Jahren hat die Zahl der Handwerkslehrlinge ständig abgenommen, der Rückgang betrug im Vergleich zum Jahre 1926 9,9 Proz. Ein Lehrlingsmangel sei jedoch bisher im Handwerk nicht zu verzeichnen.

Es hätte nur noch gefehlt, daß ein ganz bedeutendes Ueberangebot an Lehrkräften vorhanden ist.

„Vormarsch in den Betrieben.“

Ein Bombenerfolg der Nazis.

Die Firma Ipath beschäftigt 44 Angestellte. Bei der Wahl des Angestelltenrats stimmten davon 28 für die Nazis. Dieser Liste war nur eine Gegenliste gegenübergestellt worden, um die gemeinsame Gegnerschaft gegen die Nationalsozialisten zum Ausdruck zu bringen.

Der nicht gerade welterschütternde Erfolg der Nazis wurde auf der ersten Seite des „Völkischen Beobachters“ am Mittwoch als „Neuer Betriebsratskrieg“ ausstrampelt.

Bei der Ipath fanden in den letzten Tagen Betriebsratswahlen statt, die notwendig geworden waren, weil bei dieser Firma bisher noch kein Angestelltenrat vorhanden war. Das Ergebnis ist für uns Nationalsozialisten eine abermalige Bestätigung unseres Vormarsches in den Betrieben. Es lautet: Nationale Sozialisten 2 Sitze, unpolitische Liste 1 Sitz. Eine marxistische Liste kam überhaupt nicht mehr zur Kandidatur.

Aus dieser Meldung spricht eine rührende Bescheidenheit der Nazis bei ihrer „Hit“-Aktion. Immerhin — auch der geringste Erfolg der Nazis ist für die Gewerkschaften kein Vorteil. In den Betrieben gilt es, den Anfängen zu wehren.

Der Bergarbeiterkampf in Polen.

Massenverhaftungen im Dombrowaer Streikgebiet.

Katowice, 25. Februar.

Die Lage im Dombrowaer Streikrevier hat sich wenig geändert. Die Polizei hat in Czeladz über 100 Personen verhaftet, die sich an den Kundgebungen beteiligt hatten.

Die Opfer der Kämpfe mit der Polizei sollen heute Mittwoch

beerdigt werden. Um alle Kundgebungen zu verhindern, sind weitgehende Maßnahmen getroffen worden.

Auf einzelnen Gruben hat die Belegschaft das Grubengelände nicht verlassen und ließ sich von den Familienangehörigen versorgen.

Die Gewerkschaften sind weiter bemüht, den Streik auch auf das ober-schlesische Revier zu übertragen. Am Sonntag soll noch einmal ein Kongress der Betriebsräte stattfinden, auf dem versucht werden soll, den Streik auszudehnen.

England will ratifizieren.

Nicht das Washingtoner — das Genfer Abkommen.

London, 23. Februar.

Im Parlament erklärte der Direktor für den Bergbau, Foot, am Dienstag, die Regierung stehe dem internationalen Abkommen über die Arbeitszeit im Kohlenbergbau wohlwollend gegenüber. Einige seiner Bestimmungen würden für die britischen Kohlengruben gewisse Fragen auf, die noch zur Beratung stünden. Sobald diese Punkte klargestellt seien, würde die Regierung das Abkommen ratifizieren, vorausgesetzt, daß die anderen sechs beteiligten Staaten gleichzeitig ratifizierten.

Die Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß die Frage der gleichzeitigen Ratifizierung geklärt sein müsse, ehe die übrigen Schwierigkeiten erörtert werden könnten.

Die Vorbehalte sind zweifellos geeignet, um einer überstürzten Ratifizierung durch alle sieben Staaten vorzubeugen.

Achtung, Buchdrucker!

In der Provinzpresse werden durch eine Chiffre-Anzeige für eine Berliner Zeitung und Zeitschriftenredaktion bestens bewährte Hand- und Maschinenleger, Stereotypen, Flach- sowie Rotationsdrucker in Dauerstellung gesucht. Je nach Sparte 10 Prozent über Tarif. Anscheinend handelt es sich um einen der am über-tariflichen Lohnniveau beteiligten Großbetriebe. Wir ersuchen deshalb alle Verbandsmitglieder, vor Konditionsannahme unbedingt Erkundigungen beim Berliner Gauvorstand, Engelsufer 24/25, Zimmer 13, einzuziehen.

Berliner Gauvorstand.

Wetterbericht. Für Berlin und Umgegend: Nach kalter, ziemlich klarer Nacht Temperaturen am Tage über Null steigend und meist stark bewölkt. Keine erheblichen Niederschläge, mäßige Winde aus nördlicher Richtung. — Für Deutschland: Im Süden kaltes Wetter mit einzelnen Schneefällen. Im übrigen Reich am Tage leichte Milderung und stark bewölkt. Wesentliche Niederschläge nur im Nordwesten.

Verantwortl. für die Redaktion: Alf. Bernstein, Berlin; Anzeigen: Th. Glock, Berlin. Verlag: Vorwärts Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vornwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstr. 3. Hierzu 1 Beilage.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats Theater
Donnerstag, den 25. Februar
Staatsooper Unter den Linden
20 Uhr
Ein Maskenball

Staatl. Schauspielhaus
Lindendammstr.
20 Uhr
Cyrano von Bergerac

Schiller-Theater
Charlottenburg.
20 Uhr
Die endlose Straße

GR. SCHAUSPIELHAUS Tägl. 8U.

Hoffmanns Erzählungen
REINHARDT INSZENIERUNG
Sonntag nachm. 2 Uhr billige Preise der Plätze

9 1/2 Uhr CASINO-THEATER 9 1/2 Uhr
Lothringer Straße 37.
Nur noch bis 3. März Ehen von heute
und das bunte Programm
Freitag, den 4. März, zum 1. Male
Der Mann mit den zwei Frauen
Jutschein 1-4 Personen: Parkett 50 Pf., Fauteuil 1.— Mark, Sessel 1.50 Mark.

PLAZA
Nähe Schloß, Bbl.
Sa. 8 1/2 Uhr, So. 2. 5. 8 1/2 Uhr,
Tel. 1. E 7 Weiskopf 4821
„Die Dame von Rowen“

Theater am Nollendorferplatz.
Regie: Fritz Schimberg
Pallas 7051
Täglich 8 1/2 Uhr
Stgs. auch 4 1/2 Uhr
Heute zum 111. Male
Gasparone

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2 Uhr
Ein Lied der Liebe
Anni Abiers
Adel. Sandrock
Ernst Verebes
Sonntag 4 1/2 Uhr
Fledermaus

Kleines Th.
Truppe 1931.
Tägl. 8 1/2 Uhr
Die
Mausfalle
Preise 75 Pf. — 5 M.
Sonnt. nachm. 4 U.
halbe Preise.

Schwerhörige



Neue Modelle!

hören sofort wieder
mit dem ärztlich empfohlenen
ORIGINAL-AUSTIN-APPARAT
mit neuestem Membran-
— Noch Besseres gibt es nicht! —
Deutsche Akustik Gesellschaft m. b. H.
Aelteste u. führende Spezialfabrik
Verkauf u. Vorführung:
Berlino-Wilmersdorf, Motzstr. 43
Berlin, Nieborstr. 44
Reinickendorfer-Ost, Brinzer Str. 4
Verf. Sie Hauptkatalog 16 kostenlos!
Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung

Groß-Destillation
Zum weißen Hirsch
Ritterstraße 106, Ecke Prinzenstraße
Frühstückstube — Mittagstisch 40 Pf.
Willy Seidlitz
Karl Brunne,

Beschäfts-Anzeiger

Bezirk Norden-Osten

Malerhütte
Berlin G. m. b. H.
FORMALS MALERGENOSSENSCHAFT GEGRÜNDET 1912
NO 18, LANDSBERGER ALLEE 38-39
FERNSPR. E 4 ALEXANDER 5628-30

ALLE MALERARBEITEN
MOEBEL- UND AUTOLACKIERUNG

Greif Camemberl



die führende Marke
Erhältlich in allen Lebensmittel- und Feinkostgeschäften

Kauft Porzellan
im
Konsum-Warenhaus

Jalousie-Fabrik
Seit 1910
Ernst Garf, Inh. E. & J. Garf
SO. 30, Britzer Str. 7. Tel. F 1 Moritzpl. 3070

Urnen und Grabdenkmäler



Genossen! Unterstützt eure eigenen Betriebe!
Deckt Euren Bedarf an Urnen u. Grabdenkmälern nur in d.
Gemeinnützige G. m. b. H., Baumachienweg,
Kiefernstr., gegenüber dem Krematorium,
Tel.: F 3, Oberspree 1683. Lieferung nach allen Friedhöfen in Groß-Berlin. Bitte auf die Firma achten. Sonntags geöffnet.
Jetzt auch: **Gerichtstr. 46, gegenüber Kremat.**
Seestr. 59, gegenüb. Urnenfriedhof

Restaurant Wilhelm Schnorre
Bln.-Zehlendorf, Berliner Ecke Winfriedstraße
Angenehmer Familienaufenthalt, gepflegte Biere, solide Preise

Friedrichshagener Baugenossenschaft
E. G. M. B. H.
Farnru: Friedrichshagen 6924 und 6525 R. 197
BERLIN-FRIEDRICHSHAGEN • KLUTSTR. 8

Neander-Bad Kurbad Ostend
Neanderstraße 12

Auguststraße 24-25
Bühlers Ballhaus
Täglich
Clärchens Witwenball

Paul Miefner
Eisenwarenhandlung
Köpenick, Schloßstr. 13
Tel.: F. 4 Sammelnummer 2505.

Restaurant A. Pohst
Stargarder Str., Ecke Lychener Str.
Verkehrskanal der Partei
und Reichsbanners

Fleisch Wurst
Willy Hanka
billig gut
Brunnenstraße 121-122

„Rosenthaler Hof“
Rosenthaler Str. 11-12
3 Säle, 6 Vereinszimmer
u. Versammlungen und restaurierten
Vorn: Familien-Restaurant
und großer Mittagstisch

A. Janiszewski
Buchdruckerei
und Verlag G. m. b. H.
Elisabeth-Ufer 28 bis 29
Tel: Sammelnr. Moritzplatz 3471
empfiehlt sich den Gewerkschaften
zur Herstellung aller Arten Druck-
sachen in vornehmster Ausstattung
bei billigster Preisberechnung

Brillen-Dase
Weddingplatz, Müllerstraße 174
Prenzlauer Allee 204

Kartoffel-Kontor
G. m. b. H., NW 40, Heldestr. 30. — Hansa 4049.
Speisekartoffeln
für Groß-Verbraucher,
Kantinen u. Behörden

KLEINE ANZEIGEN
In der Gesamtauflage
des „Vorwärts“ sind
besonders wirksam
und trotzdem
schr. billig!

Musiker-Festsäle
Inhaber: P. Schönherr, Kaiser-Wilhelm-Str. 31
Empfehle meine Säle, Vereinszimmer
zu Festlichkeiten und Versammlungen

„Nordsee“ Deutsche Hochseefischerei
Bremen - Cuxhaven N.G.
Brunnenstr. 62 und Reinickendorfer Str. 47 - Moabit,
Hüttenstr. 3 - Charlottenburg, Reichsstr. 99 - Schmaggen-
dorf, Berkaer Straße 4 - Wilmersdorf, Berliner Straße 99
Täglich frische Fische - billigste Tagespreise
Räucherwaren und Fischkonserven

„Vorwärts“-Leser, kauft bei unseren Inserenten!

Jugend, Schule und Politik

Eine Auseinandersetzung mit Groener / Von Kurt Löwenstein

Vor dem Kriege . . .

Vor dem Kriege gab es eine pädagogische Zeitung, die der rechtsgerichtete pädagogische Reformator Berthold Otto herausgab. Sie hieß „Der Hauslehrer“ und unterrichtete Schulkinder, die 10-, 12- und 14-jährigen, über die politischen Zusammenhänge und Probleme ihrer Zeit. Das wurde damals ganz allgemein als eine begrüßenswerte pädagogische Tat angesehen.

Berthold Otto war kein Sozialdemokrat, sondern ein konservativer, ein monarchisch und höfenzollerisch gesinnter Mann. Sein politischer „Hauslehrer“ war daher kein politisches Problem der Regierungstellen.

Seute.

Der Problemkreis „Jugend, Schule, Politik“ ist heute aktuell geworden. Ein jeder, der dieses Problem aus der Wirklichkeit unseres gesellschaftlichen Lebens heraus beobachtet hat, wird zugeben, daß extreme Lösungen, ein radikales Entweder-Oder, nicht gefunden werden können.

Niemand wird die blutrünstigen und phrasenhaften Flugblätter der Nazis für geeignete Jugendliteratur halten und das Eingezerrte des Rassenhafes, des Terrors und der Gewaltmaßnahmen in der Schule und auch außerhalb der Schule für erträglich halten. Wenn ein kommunistisches Schullehrer davon spricht, daß die Lehrer sich „den Dreck um das Leben der Arbeiterkinder kümmern“, wenn schon Jahnährige für Reden gegen den Sozialfaschismus und für den Schulstreik gedrückt werden, dann gehört solch pädagogischer Unfug und derartige politische Verbißung ganz sicher weder in die Schule hinein, noch wird ein verantwortungsbewußter Mensch sie in der Jugendbewegung dulden wollen.

Es gibt einen zwar nicht absolut abgrenzbaren, aber doch relativ sicher zu umschreibenden Legalitätsraum für Politik und Schule. Unsere Schulen sind im überragenden Maße öffentliche Schulen, durch Verfassung und Gesetz geschützte Einrichtungen der Allgemeinheit. Man kann daher von allen, die in der Schule leben, von Lehrern sowie von Schülern, die Respektierung dieses Zustandes schließlich verlangen.

Unsere Schulen haben politisch für die Republik zu erziehen, sie haben den Geist der Völkerverständigung und die Achtung vor jeder ethischen Anschauung zu pflegen. Wenn nur diese drei Fundamente in allen Schulen sicher gebaut wären, dann wäre schon manches, was heute an politischen Gefahren in der öffentlichen Schule vorhanden ist, gebannt. Wer möchte aus der Erfahrung unserer Schulen heraus behaupten, daß hier seitens Lehrer und Leitungen alles geschieht sei?

Nach nicht einmal die Lehrbücher, vor allen Dingen die Geschichtsbücher, sind nach dieser Richtung hin einwandfrei. Wenn nationalsozialistische und monarchistische Treiberereien nicht nur geduldet, sondern gelegentlich sogar gefördert werden, dann werden allerdings diese Fundamente unseres öffentlichen Schulwesens erschüttert. Bewußt sind auch hier und dort von den Kommunisten Verwirrungen in unsere Schulen getragen worden, hat man auch hier und dort Erschütterungen mit Schulkindern zu machen versucht. Aber das ist schließlich auf wenige Schulen beschränkt geblieben und auch dort mit Recht bekämpft worden.

Um den legalen Raum in unseren öffentlichen Schulen zu sichern, dazu bedarf es überhaupt keiner neuen gesetzlichen Anstrengung. Dazu ist nur nötig, daß mit eiserner Hand überall da durchgegriffen wird, wo dieser legale Boden verlassen wird.

Wir hoffen, daß auch Herr Groener energisch gegen Herrn Klages in Braunschweig vorgehen wird, wenn er den verfassungswidrigen Ungeist der Hitlerbewegung in dem braunschweigischen Schulwesen pflegen will, daß er das ebenso energisch machen wird, wie Severing und Wirth gegen die Hochpädagogik Fritzs vorgegangen sind.

Hände weg von der Jugend!

Doch mit dieser Legalitätsfrage ist das Problem ganz bestimmt nicht gelöst. Selbst wenn man Groeners Wunsch folgen würde und die politischen Parteien sich nicht um Jugend und Schülerschaft kümmern würden, würde damit die politische Beeinflussung aufgehört?

Es gibt Leute, die der Meinung sind, die Herabsetzung des Wahlalters sei die Ursache der Politisierung der Jugend. Es ist merkwürdig, daß das zumeist auch die Leute sind, die vorher schon Gegner des jehigen Wahlrechts waren. Die politische Vermilderung in manchen Teilen unserer Jugend ist für sie nur ein billiger Vorwand für reaktionäre Maßnahmen. Auch Herr Groener erwähnte in seinem Briefe das Wahlalter. Aber sollte Herr Groener und die anderen nicht eine Tatsache zum Nachdenken zwingen: sind es nicht dieselben Kreise, die Terror und Gewalt predigen und üben, ob sie Harzburger Paraden abhalten, ob sie im Wahlkampf stehen oder ob sie an den Universitäten, in den höheren Schulen oder in den Jugendverbänden ihre Hassaat ausstreuen? Die Rathenau-Wörder reichelten mit ihren Spuren in höhere und Hochschulen hinein, wie jugendliche Gewalttaten immer wieder auf diese Kreise zurückgehen.

Der Erlaß von Herrn Groener, der die Nationalsozialisten für die Reichswehr legalisierte, ermutigt auch die terroristische Verheerung in der Jugend und in den Schulen. In der Erziehung, auch in der politischen Erziehung, ist immer noch das Vorbild entscheidend gewesen. Herr Groener fordert von den politischen Parteien: Hände weg von der Jugend, aber er hindert — um es ganz vorsichtig auszudrücken — nicht, daß in der von ihm protegierten Jugendberziehung, in den Wehrsportorganisationen, nationalsozialistischen und nationalsozialistischer Geist gepflegt wird. Ist der Graf Hellendorff etwa das Musterbild eines unpolitischen, verfassungsmäßigen Jugendberziehers?

Herr Groener sehe sich einmal mit der gleichen Liebe die politische Erziehungsarbeit an, die in unserer Arbeiterjugend geleistet wird. Er wird uns dann zugeben müssen, daß bei uns der Wille zum sozialen Aufbau und die Verantwortung für politisches Wollen und Handeln außerordentlich ernst fundiert ist. Nicht das Wahlrecht, sondern die wirtschaftliche und gesellschaft-

liche Lage ist es, die die Menschen politisiert. Man kann nicht daran vorbeigehen, daß der Prozeß der Politisierung alle erfährt hat. Schon an das Ohr des jungen Kindes dringt das ganze Repertoire politischer Agitation, beunruhigt und stört, regt an und entflammert. Die Millionenarbeitslosigkeit ist nicht nur eine statistische Angelegenheit, sondern setzt sich in Not und Unsicherheit für alle. Wenn der Bierzehnjährige keine Lehrstelle bekommt, wenn der Siebzehnjährige keine wirtschaftliche Zukunft sieht, und wenn all diese Tatsachen nicht einzelne wenige betreffen, sondern wenn sie ganz allgemein Tatbestand unseres wirtschaftlichen Daseins sind, dann kann man nicht die Jugend damit festigen, daß man ihr von „echter Menschlichkeit und tiefstem Gerechtigkeitsinn“ etwas vorerzählt. Die Sprache der Tatsachen ist härter und rauher, so rauh, daß „das Streben nach innerer Harmonie des Geistes“ wie eine Verhöhnung des tatsächlichen Schicksals empfunden wird. Haben unsere Schüler auf den höheren Schulen nicht reichlich viel von diesen Idealismen in der klassischen Literatur gelesen, haben sie nicht genügend Sprüche in Aufsätzen verarbeitet? Und doch sind sie jene vandallierende Jugend auf den Universitäten geworden. Oder vielleicht sind sie es gerade geworden, weil sie nicht politisch erzogen worden sind?

Die Frage der politischen Erziehung.

Politische Erziehung ist eben etwas ganz anderes als der Flugand aus den Gehirnen der Nazis und Kozis. Wenn das Leben notwendigerweise so stark politisiert ist, dann kann man die politische Entwicklung der heranwachsenden Jugend nicht dem Zufall überlassen. Der Zufall macht aus der Jugend Opfer für politische Drahtzieher. Das deutsche Volk leidet ganz bestimmt nicht an einem Uebermaß politischer Erziehung.

Aber, so höre ich schon die Einwände, wie kann denn die Schule politisch erziehen? Soll eine politische Ueberzeugung zwangsmäßig in allen Schulen gelehrt werden? Nichts wäre törichter als solche Forderung. Auch politische Ueberzeugungen haben letzten Endes ihre Unterlagen in der klassengetriebenen Gesellschaft. Diese Klassengliederung hebt man nicht auf, indem man über sie diskutiert. Was die Schule tun kann und allein tun kann, ist, daß sie das heranwachsende Geschlecht zwingt, von der ausgenommenen Phrase zum Nachdenken zu kommen, von der Parole zur Wirklichkeit vorzudringen. Das politische Irren ist nicht das Unglück unserer Zeit, sondern daß die Lösung der Irrtümer anstatt im Kopfe, in der brachialen Gewalt sich durchzusetzen versucht.

Natürlich soll nicht der Lehrer der öffentlichen Schule die Aufgabe haben, die Kinder für irgendeine Partei zu erziehen. Ist er ein richtiger Lehrer und ein Führer für die Jugend, so hat er eine Ueberzeugung, und diese Ueberzeugung ist fundiert in seinem Erkennen und äußert sich in seiner Gesamthaltung. Die agitatorische Kraft, die vom überzeugten Menschen ausgeht, kann man auch dem Lehrer nicht nehmen, aber er wäre kein Lehrer, kein Erzieher, wenn er nicht gleichzeitig die stärkste innere Duldsamkeit vor dem echten Wachstum der Jugend haben würde.

Sittliche Verwurzelung!

Was heute an der politischen Meinung und Verberbildung der nationalsozialistischen und kommunistischen Jugendbeeinflussung uns so stark erschüttert, ist nicht nur der Mangel an objektiver Erkenntnis, sondern vor allem der Mangel an sittlicher Verwurzelung. Wir können heute in unseren Schulen keine politischen Dogmen mehr lehren. Nicht nur die Wirtschaft ist widerspruchsvoll, auch unser Urteilen und Werten ist es geworden. Darum muß die Schule für Ringen um neue Lebens- und Gesellschaftswerte offen sein, darum muß die Schule mehr sein als die Unterrichtsanstalt von gestern.

Dr. Maria Fehbender:

Bericht über einen Roman

Was ist Zeit? — — — Morgen — Mittag — — — Abend — — — Sonntag — — — Montag — — — Tage — — — zwei — — — drei — — — fünf Tage — — — Sie können vorübergehen — — — mechanisch — — — gewohnheitsmäßig. Aufstehen — — — Schlafengehen — — — dazwischen Arbeit, Menschen — — — Pflichten — — — Alltag — — —

Erst Montag, schon Freitag. Nichts hat sich geändert — — — man ist fünf Tage älter geworden, nichts ist geschehen.

Aber irgend einmal im Leben werden fünf Tage zu einer unendlich langen Zeit — — — Montag ist man noch der Alte — — — Freitag ein anderer. In fünf Tagen rückt das Leben dicht an dicht heran. In fünf Tagen meißelt das Leben mit seiner spitzen Schärfe an deinem Schicksal. — — — Nur fünf Tage und es war eine lange lange Zeit.

Der Arzt Tomas lebt ein arbeitsreiches, anspruchsloses Leben, wie viele, viele andere. Für ein Zuhause, für eine schöne Frau tagen, tagaus. Tomas war zufrieden, er machte sich keine Gedanken. Das Leben klappte irgendwie. Eines Tages geht ihm die Frau fort. Da hört auf einmal die Ordnung auf. Das Gebäude zwischen Morgen und Abend, zwischen Montag und Sonnabend stürzt in sich zusammen.

Enttäuscht, verzweifelt und unzurechnungsfähig vor Schmerz befindet sich Tomas auf einmal auf einem großen luxuriösen Ozeandampfer, auf dem auch seine Frau mit dem Geliebten sich befindet. In dieser schwimmenden Stadt zwischen zwei Kontinenten zieht an Tomas in fünf Tagen intensiv und eindringlich das Leben vorüber. Das Leben in seiner mannigfachen Gestalt in Dingen und Menschen verkörpert, das Leben mit seinem Oben und Unten, mit seinem Kampf um Geld, Ruhm und Liebe — — — auf dieser schwimmenden kleinen Welt vollzieht sich in fünf Tagen in der bis dahin zufriedenen, kampflösen Seele des Arztes eine ungeheure Wandlung. In seine verkrampte im Schmerz verbohrt Seele bringt das Licht der Erkenntnis des wirklichen Lebens mit seiner Weite, seinem Kampf, seinen Aufgaben — — — sein eigenes Leid, seine Leidenschaft und seine Qualen und eine verlorene Liebe vereint sich mit dem großen Strom des Leides und der Leidenschaften aller, aller, die mit ihm wissend und unwissend den aufreibenden Kampf um das bishigen Leben führen. Und als Tomas nach fünf Tagen in

Aber auch die politischen Parteien können nicht darauf verzichten, sich um die Jugend zu kümmern. Die politischen Parteien mögen es können die nur ein loses Gefüge für heute und morgen sind. Die politischen Parteien können es nicht, deren Gestaltungswille von einer geschlechtlichen Aufgabe, von einer gesellschaftlichen Naturnotwendigkeit bestimmt wird. Der überzeugte Sozialist ist nicht Sozialdemokrat für sich, sondern fühlt sich als der Träger des politischen Kampfes und des gesellschaftlichen Aufbaues. Wie könnte er darauf verzichten, Pionier dieser seiner Lebensaufgabe zu sein. Politik ist im Grunde genommen das Hinauswachen des einzelnen aus der Enge seines egozentrischen Lebenskreises. In früheren Zeiten war politisches Denken und Handeln das Vorrecht weniger herrschender. Heute ist Politik allgemeine Notwendigkeit geworden, heute bedeutet politische Erziehung das Hineinwachen, das Heimischwerden in der werdenden Gesellschaft unserer Zeit. Auf diese Aufgaben können und wollen wir nicht verzichten. Eigentlich ist sie die Kardinalaufgabe aller unserer öffentlichen Schulen.

Wir wissen, daß unsere öffentlichen Schulen heute noch nicht die Weite und Gesellschaftsverbundenheit haben, die notwendig ist, um aus ihnen Wachstumsstätten der werdenden Gesellschaft zu machen. Darum sind unsere sozialistische Kinder- wie Jugendbewegung notwendig und lebendig. Dennoch aber können und werden wir nicht darauf verzichten, sorgfältig darauf zu achten, daß die öffentlichen Schulen ihren legalen Lebensraum nicht mißbrauchen. Dennoch werden wir nicht aufhören, auf Lehrer und Lehre, auf Schule und Schülerschaft so zu wirken, daß in diesem Rahmen politisches Wachstum, politisches Verwurzeln und politische Verantwortung lebendig werden. In der Ferntrennung unserer Zeit, in der Spannung, die in Wirtschaft und Gesellschaft so leidenschaftlich geworden ist, ist die Gefahr des politischen Mißbrauchs in den Schulen wie in der Jugenderziehung ganz sicher gegeben. Doch der Mißbrauch wird um so schlimmer, wenn Schule und Jugend scheinbar legal von der Politik ferngehalten werden, um in dem Sumpfe illegaler Romantik um so üppiger ins Unkraut zu schießen. Man kann Feiertage für Reparationen einlegen, man kann aber nicht auf politische Erziehung verzichten, wenn das Leben alles und alle politisiert.

Bauvolk der Zukunft.

Der Gedanke des Ministers Groener, die Parteien zum Verzicht auf politische Jugenderziehung zu bringen, ist eine Flucht aus dem wirklich brandenden Leben in den schützenden Hafen seiner eigenen Tradition. Auch Herr Groener ist politisch in der Schule erzogen worden. Diese politische Erziehung war einseitig und selbstverständlich, weil die Ideologie des Obrigkeitsstaates sie so selbstverständlich ausübte, das man gar nicht merkte, wie einseitig und wie politisch diese Erziehung war. Die Schule soll ganz sicher nicht in der Einseitigkeit dieser politischen Erziehung stecken bleiben. Eine öffentliche Schule, die Funktionen für irgendeine Partei erzieht, hat ihren Zweck verfehlt. Wer die Erziehungsaufgabe der Schule durch Terror und Gewalt hindern will, wer die Schule mißbrauchen will für Parolen des Augenblicks und taktische Manöver, der muß mit aller Energie in seine Schranken zurückgewiesen werden. Wer aber das Leben unserer Gegenwart hineinströmen läßt in Schule und Jugend, wer mit der Jugend klärt und ringt, wer der Jugend hilft, über Ausschrei und Augenblicksnot hinauszukommen und sich zu fühlen als Bauvolk der Zukunft, der erfüllt nur eine Aufgabe, die zwar schätzenswert eingeschränkt, aber niemals auf die Dauer gehindert werden kann.

Darum schützt die Jugend vor politischem Mißbrauch durch gründliche politische Erziehung!

New York angelangt vor der Erfüllung des Zieles seiner Reise steht, dann will er es nicht mehr, dann ist das Ziel seiner Reise ein anderes geworden — — — er ein anderer.

Die Wienerin Gina Klaus erzählt uns das alles in ihrem neuen Roman „Die Ueberfahrt“, bei Knorr und Hirth in München erschienen.

Dichterisch einfach und interessant ist das Leben auf diesem Schiff geschildert. Wie flüchtig gezeichnete Schatten ziehen an uns die Menschen vorbei, aber wir erfassen sie, wir kennen sie, wir leben mit ihnen. Uns gehen all die kleinen und großen Schicksale nahe, aber am tiefsten bleibt in unserem Bewußtsein die Tatsache, daß weder Luxus und Geld, noch Schönheit und Macht imstande sind, die Fäulnis einer herrschenden Klasse zu decken. Leer, ausgeleiert und inhaltslos ist das Leben all dieser reichen Schmarotzer in ihren Luxusokabinen, Spielsälen und Bars. Alle miteinander, jung und alt, schön und häßlich, können nur Mitleid erregen, keiner beneidet sie um ihr Geld, oder man muß schon so sein wie die arme kleine Milli, Mensch, das arme Proletariatsmädchen aus Posen, die ihr ganzes Glück in Reichtum und schönen Kleidern sieht. Schade, daß die Arme nicht so edlen Charakter hat wie die Baroness Mergetheim, die zwar arm, aber „adelig“, also doch nicht imstande ist, sich zu verkaufen. Schade, daß sich ein so süßlicher Altsch von edlen verarmten Baronessen in diesem Roman eingeschlichen hat. Und unwillkürlich müssen wir fragen, ob die kleine Milli Mensch nicht anders geworden wäre, wenn die sozialen Verhältnisse, in denen sie aufgewachsen ist, anders gewesen wären.

Befremdend wirkt beim Lesen dieses Buches die Tatsache, daß unter all den Menschen, die an uns vorbeiziehen, unter all den mannigfaltigsten Typen, der Typ des klassenbewußten Arbeiters fehlt. Vielleicht wäre er auch auf dem Symbolischen Schiff zu finden gewesen, vielleicht bei den Maschinen und Lagerräumen, vielleicht unter den Matrosen, oder sonst irgendwo, wo gearbeitet wird, während die anderen in ihren Luxusokabinen das Geld vergeuden und ihre ewigen Ferien fortsetzen. Vielleicht hätte ein solcher Mensch der Arbeit und der Zukunft etwas Farbe und Freude in dieses trübe Bild gebracht und dem Leser den bitteren Geschmack, der ihm nach der Lektüre übrig bleibt, erspart. Es ist aber leider sehr schwer, aus der Perspektive der ersten Klasse diejenigen zu sehen, die hinter den Maschinen stehen und die in den unsichtbaren Räumen das Schiff über den Ozean lenken.

